

Köhler: „Kein Ruhmesblatt für die Politik“

Föderalismusreform für Herzog „Lebensfrage“ – Stoiber und Müntefering geben nicht auf

Berlin. (AP/dpa) Das Scheitern der Föderalismusreform ist nach den Worten von Bundespräsident Horst Köhler „kein Ruhmesblatt für die Politik“. Köhler sprach sich am Wochenende für einen neuen Anlauf noch vor der Bundestagswahl 2006 aus. Zuvor hatten die Chefs der Föderalismuskommission, Franz Müntefering (SPD) und Edmund Stoiber (CSU), das Scheitern der Reform mit unüberwindlichen Gegensätzen in der Bildungspolitik begründet.

Köhler sagte bei seinem Antrittsbesuch im Saarland, er halte nichts davon, das Thema auf die Zeit nach der nächsten Bundestagswahl zu verschieben. Ob er sich selbst zur Rettung der Reform engagieren werde, ließ er zunächst nicht erkennen.

Altbundespräsident Roman Herzog erklärte, das Scheitern wegen ei-

ner bildungspolitischen Frage sei weder verständlich noch zu verantworten. Herzog, der auch Vorsitzender des Konvents für Deutschland ist, sagte, die Föderalismusreform sei „zu einer Lebensfrage der Republik“ geworden. Zusammen mit der früheren Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, hatte er noch vor einer Woche an die Kommission appelliert, sich darüber im Klaren zu sein, dass die Föderalismusreform „die Schlüssel-Reform schlechthin für die Wiedergewinnung der Entscheidungsfähigkeit unserer politischen Institutionen“ sei.

Der SPD-Vorsitzende Müntefering und der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber setzten sich dafür ein, das Ziel der Entwirrung der Kompetenzen von Bund und Ländern und eines

nationalen Stabilitätspaktes weiter zu verfolgen. Ein zweiter Anlauf solle recht bald erfolgen. Stoiber betonte, von einem Schlusspunkt könne nicht gesprochen werden.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) kündigte konkrete Vorschläge zur Neuordnung der Bildungszuständigkeiten von Bund und Ländern an, die unterhalb einer Grundgesetzänderung verwirklicht werden könnten. Sie wies den Vorwurf von CDU/CSU zurück, der Bund habe beim Thema Bildung draufgessattelt. Der Bund werde wie bisher Geldgeber bleiben. Dafür werde er sich nicht ganz aus der Bildungspolitik raushalten. Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) schloss einen Kompromiss aus, so lange der Bund Einfluss zu nehmen trachte. Bayerns Landtagspräsident

Alois Glück (CSU) sagte, die Arbeit der Kommission sei „an der Machtpolitik des Kanzlers gescheitert“.

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) machte für das Scheitern vor allem unionsgeführte Bundesländer verantwortlich. Koch und der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel hätten Stoiber gedrängt, die Bildung zum Knackpunkt zu erheben.

Einen Neuanfang in der Kommissionsarbeit noch im Januar forderte NRW-Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD). Die Kommunen nannten das Scheitern eine Katastrophe und appellierten an Bund und Länder, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. BDI-Präsident Michael Rogowski nannte das Scheitern „blamabel für Deutschland“.

(Siehe auch Seite 6.)